



**Betreff:**  
Freiluftpartys

öffentlich

**bezüglich**  
DS Nr.: 22/SVV/0724

Erstellungsdatum 23.11.2022

Eingang 502:

Einreicher: Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

07.12.2022 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport nutzte die Richtlinie „Freizeit und Ferien“ des Ministeriums Bildung, Jugend und Sport im Rahmen des Landesaktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ für ein Projekt „Maßnahmenpaket gegen Corona bedingte Benachteiligung von Jugendlichen und Jugendgruppen in Potsdam“. Ziel dessen ist es, mit einem Bündel an Maßnahmen Benachteiligungen für Jugendliche in Potsdam abzubauen und Möglichkeiten zu schaffen, öffentlichen Raum selbstverwaltet zu nutzen.

Im Vorfeld bzw. flankierend zu diesem Projekt fanden folgende Veranstaltungen mit Jugendlichen statt:

- 01.11.2021 Sonder-AG „Jugendliche im öffentlichen Raum“ im Treffpunkt Freizeit
- 06.12.2021 Wohin mit der Jugend“ vor dem Ratskeller Babelsberg
- 12.05.2022 Am Hbf entsteht ein neuer Jugendort. Sag uns, was du willst!“ an der Langen Brücke
- 21./22.05.22 Werkstatt „Hast Du Platz in Potsdam“ im BUNTEN B
- 9./24.06.22 „Innenstadt - Straßenräume neu gestalten“ in der Innenstadt
- 24.06.2022 Stadt Forum Potsdam zum Thema „Orte für junge Menschen in Potsdam“ Jugend- und Soziokulturzentrum freiLand
- 06.09.2022 Diskussionsveranstaltung „Öffentlicher Raum und Identitätsbildung“ im Treffpunkt Freizeit
- 11.09.2022 KULTUR FÜR JEDEN zum Thema „Junge Freiräume“ auf der Jugendaktionsfläche auf dem Bassinplatz (BASSI)

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3



### **Fortsetzung der Mitteilung:**

Da die Umsetzung des Beschlusses mehrere Zuständigkeiten betrifft, wird ein bereichsübergreifendes Verfahren initiiert, in dem die beteiligten Akteure eingebunden sind. Eine vorgelagerte verwaltungsinterne Abstimmung fand im August 2022 statt.

Für folgende Herausforderungen, seitens der Antragsteller, sollte in dem Prozess eine praktikable Lösung zu Umsetzung gefunden werden:

1. die persönliche Haftung (drohende Privatinsolvenzen);
2. Antragsteller, die eine Finanzierung zur Toilettenaufstellungen nicht leisten können;
3. die Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht;
4. die Umsetzung der Verpflichtung, dass das Gelände am nächsten Tag aufzuräumen ist und Schäden beseitigt werden, wozu bei Nichterfüllung der Antragsteller herangezogen werden wird.

Hinsichtlich der Orte sollte die Liste um den Lustgarten, den Volkspark erweitert werden. Besonders geeignet wäre der geplante Jugendort im Nuthepark, der in den kommenden Jahren hergestellt werden soll, jedoch noch nicht ausfinanziert ist.

Die Begründung des Antrags verweist zwar auf das in Bremen angewandte verkürzte Anmeldeverfahren für Freiluftpartys. Allerdings liegen der Verwaltung derzeit keine diesbezüglichen Erfahrungen, insbesondere bezüglich Problemlösungen bei dessen Umsetzung sowie hinsichtlich der Erfüllung der angestrebten Zielstellung vor.

Wie oben beschrieben, bedarf es einer weiteren verwaltungsseitigen Prüfung des im Beschluss beschriebenen verkürzten Anmeldeverfahrens unter Einbeziehung hiesiger Jugendhilfeexpert\*innen und Jugendvertreter\*innen selbst.

Die Verwaltung schlägt vor, im Mai 2023 das Ergebnis in der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen.